

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Frankreich im Umbruch



Was will Macron?

Wirtschaft am Scheideweg

Parteien „in Bewegung“

Hollandes Erbe

WeltBlick

Machtkampf in Venezuela

G20 – Gesundheit für alle?

Analyse

Tillersons US-Außenpolitik

Gerd Müller

Marshallplan mit Afrika!

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-63-7



4 191574 104808

07

4

WeltBlick

- 4 Venezuela im Herbst des Chavismus
Stefan Peters
- 8 G20 – Gesundheit für alle?
Marco Alves
- 13 Lenín siegte – zu den Wahlen in Ecuador
Eva Gertz



18

Brief aus ...

Almaty

20

Zwischenruf: Macht uns die Russen nicht zu Feinden!

Wolfgang Gehrcke

22

Thema: Frankreich im Umbruch

- 24 Das Jupiter-Modell
Sabine Ruß-Sattar
- 29 Politisches System „in Bewegung“
Ronja Kempin
- 34 Wirtschaft: Reformbedarf und Potenziale
Henrik Uterwedde
- 39 Eine neue Außenpolitik für Frankreich?
Olivier Schmitt



46

Historie: 7.7.1937 – Beginn des 2. Weltkrieges?

Wolfram Adolphi



Abgelichtet: Evangelischer Kirchentag 2017

50

Christian Spicker



Analyse: Konturen einer US-Außenpolitik

54

Erhard Crome

Nachruf auf Sibylle Tönnies

60

Christoph Sebastian Widdau



Bücherschau

62

Briefe an die Redaktion

66

Impressum

69



Kommentar: Marshallplan mit Afrika

70

Gerd Müller

Wort und Strich

72

Macht uns die Russen nicht zu Feinden!

Wolfgang Gehrcke

In Deutschland gibt es noch immer eine deutliche Mehrheit, die für gute Nachbarschaft zu Russland eintritt. Und das trotz eines antirussischen Trommelfeuers, das seit einigen Jahren anhält. Glaubt man den Medien, sind an allem, was in Europa schiefliegt, die Russen schuld. „Daran sind nur die Russen schuld!“, spotteten in den Hochzeiten des Kalten Krieges Kabarettisten in Deutschland-West. Fasst man heute die Ergebnisse von Meinungsumfragen zusammen, spricht sehr viel dafür, dass die nächsten Bundestagswahlen mit der „russischen Karte“ gewonnen werden könnten.

Mit der „russischen Karte“ sind natürlich nicht Cyber-Eingriffe Russlands in die Bundestagswahlen gemeint, über die seit Wochen vom Bundesnachrichtendienst und vom Bundesamt für Verfassungsschutz spekuliert, Alarm geschlagen und Stimmung gemacht wird. Das Motto von nahezu allen Medien im Lande, darunter auch leider die als seriös geltenden Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, dass Russland „verantwortlich ist“ für fast alle Schlechtigkeiten in der Welt, wird immer und immer wieder wie ein Mantra zelebriert. Und trotzdem – man gewinnt mit Vorschlägen zu guter Nachbarschaft an Zustimmung und verliert diese, wenn man auf eine Neuauflage des Kalten Krieges setzt.

Der Vize-Chefredakteur des Magazins *Stern*, Jörges, riet der SPD, damit sie wieder Wahlen gewinnen könne, zurückzukehren zur Entspannungspolitik, wie sie von Willy Brandt und Egon Bahr geprägt wurde. Ein ähnlicher Ratschlag war auch in der *ZEIT* zu lesen. Die SPD solle wieder Friedenspartei werden, Friedenspersönlichkeiten herausstellen und vor allem für eine Verbesserung des Verhältnisses Deutschlands bzw. der Europäischen Union zu Russland eintreten. Diese Ratschläge können vonseiten der LINKEN nur bekräftigt werden. Friedenspolitik in Europa ist prorussisch und nicht antirussisch. Lernen könnte man auch von dem Agieren des linken französischen Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon, der mit seiner prorussischen Haltung in Frankreich punktet. Europäische Entspannungspolitik ist Politik mit Russland und nicht gegen Russland.

Die LINKE hat im Bundestag den Grundgedanken, dass man in Europa raus muss aus militärischen Drohhaltungen und stattdessen zu einer realen

Entspannungspolitik zurückfinden, mehrfach in den vergangenen Jahren präsentiert. Heute steht zweifelsfrei fest, dass die Sanktionspolitik wirtschaftlichen Schaden angerichtet hat – auch in Deutschland – und militärische Konfrontation nicht eindämmt. Sie ist Teil des Kalten Krieges, den wir erleben. Unter der Hand hat die Bundesregierung immer verbreiten lassen, dass ihr Einschwenken auf Sanktionen gegen Russland nach den Krim-Entscheidungen das geringere Übel gegenüber den Forderungen der baltischen Länder und Polens gewesen sei. „Da wir keine Waffen in die Ukraine liefern wollen, haben wir uns für das diplomatische Mittel der Sanktionen entschieden“, wird verbreitet. Bei den NATO-Planern hört sich das dann ganz anders an. Deutschland rüstet auf und schickt Bundeswehreinheiten an die russische Westgrenze.

Die SPD wird sich entscheiden müssen, ob sie sich mit einer neuen Entspannungspolitik als Friedenskraft aufstellt oder durch die Weiterführung des Kalten Krieges gegen Russland weiter an Einfluss zu gewinnen trachtet. Beides zusammen schließt sich aus, daran ändert auch ein „Wunder-Martin“ als Kanzlerkandidat nichts. Es wäre verfehlt zu glauben, die Forderung nach Freundschaft zu Russland ließe sich in eine Massenbewegung umsetzen. Aber: Für die Forderung an die Bundesregierung „Macht uns die Russen nicht zu Feinden!“ sind Mehrheiten in Deutschland zu gewinnen. Auch Mehrheiten bei den nächsten Bundestagswahlen. Sicherheit in Europa mit Russland könnte ein Türöffner für rot-rote Zusammenarbeit werden. 🌐

Wolfgang Gehrcke

geb. 1943, Mitglied des Bundestages, 1998–2002 und seit 2005 stellvertretender Vorsitzender und außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

wolfgang.gehrcke@bundestag.de



ANZEIGE

Erweitern Sie Ihren Horizont auf

/e-politik.de/

Das Onlinemagazin für Politik, Gesellschaft & Politikwissenschaft.